

Verkaufsweg:
Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil.
Die Seite . . . 15 Goldpfennige
Familienanzeigen 3 Goldpfennige
b) im Reklameteil.
Die Seite . . . 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen kommen 50% Zuschlag.

Für Plakatverträge kann keine Gewähr übernommen werden.

Geschäftsstand für beide Teile ist Calw.



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige wöchentlich, mit Trägerlohn.
Postbezugspreis 40 Goldpfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Genussprecher Nr. 9.

Verantwortliche Schriftleitung: Friedrich Hans Scheel.
Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei.

Nr. 22 Mittwoch, den 28. Januar 1925. 99. Jahrgang

Die deutsche Antwortnote.

Berlin, 27. Jan. Die Antwort der Reichsregierung auf die Kollektivnote über die Räumungsfrage ist heute vormittag den alliierten Vertretern übergeben worden. Sie lautet:

„Herr Botschafter!
In der dem Herrn Reichskanzler am 26. Januar überreichten Note erklären die alliierten Regierungen, daß sie einstweilen nicht die Absicht haben, die Frage der Räumung der nördlichen Rheinlandzone mit der deutschen Regierung zu erörtern oder auf die Darlegung der Deutschen Note vom 6. Januar einzugehen.

Sie verschieben die bereits in ihrer ersten Note angekündigte Mitteilung derjenigen Punkte, von deren Erledigung sie die Räumung der Kölner Zone abhängig machen wollen, erneut auf eine spätere Zeit, wobei sie ebenso wie früher mögliche Beschleunigung dieser Mitteilung in Aussicht stellen. Im übrigen beschränken sie sich darauf, der deutschen Regierung eine Verleugnung der Tragweite der Artikel 428 und 429 des Versailler Vertrages entgegenzusetzen und die Behauptung zu wiederholen, daß Deutschland die in diesen Artikeln vorgesehenen Voraussetzungen für die fristgemäße Räumung der nördlichen Rheinlandzone nicht erfüllt habe.

Die deutsche Regierung muß zu ihrem Bedauern feststellen, daß die Ausführungen der deutschen Note vom 6. Januar den alliierten Regierungen lediglich zu einer formalen Erwiderung Anlaß gegeben haben, die diese für Deutschland und für die europäische Verständigung so bedeutungsvolle Angelegenheit in keiner Weise fördert.

Die alliierten Regierungen halten die deutsche Regierung wie auch die Öffentlichkeit noch immer in Unkenntnis des Tatsachenmaterials, mit dem sie den von ihnen bereits vor mehreren Wochen gefaßten Beschluß begründen wollen.

Das deutsche Volk wird wiederum der Nichterfüllung des Vertrags beschuldigt, ohne daß ihm die Möglichkeit gegeben würde, sich gegen diese Beschuldigung zu verteidigen.

Die alliierten Regierungen gehen aus einer einseitigen Beurteilung des Sachverhalts die schwerwiegendsten Folgerungen und lehnen es in ihrer neuen Note sogar bis auf weiteres ausdrücklich ab, mit der deutschen Regierung in eine Erörterung der Angelegenheit einzutreten. Die deutsche Regierung vermag nicht zu verstehen, inwiefern ihr eine Verleugnung der Tragweite der Artikel 428 und 429 vorgeworfen werden könnte. Sie hat nicht bestritten und bestritt nicht, daß diese Artikel die Räumung der nördlichen Rheinlandzone auf 10. Januar 1925 von gewissen Voraussetzungen abhängig machen. Ihre Behauptung geht vielmehr dahin, daß diese Voraussetzungen erfüllt sind.

Die Tatsache der völligen Entwertung Deutschlands ist zu offensichtlich, als daß die alliierten Regierungen die Nichterfüllung des vertragsmäßigen Räumungstermins mit dem gegenwärtigen Stande der deutschen Abwicklung begründen könnten.

Die alliierten Regierungen scheinen in ihrer Note einen Unterschied zwischen der Tragweite des Artikels 428 und des Artikels 429 in dem Sinne machen zu wollen, daß die im Artikel 429 vorgesehene etappenweise Räumung eine vor ihrer Entscheidung abhängige Vergünstigung für Deutschland darstelle. Dies würde dem klaren Wortlaut des Vertrages widersprechen, der keinen Zweifel darüber läßt, daß die Bestimmungen des Artikels 429 nicht weniger bindendes Vertragsrecht sind, als diejenigen des Artikels 428.

Das gemeinsame Interesse an einer fruchtbareren politischen Zusammenarbeit gestattet es nicht, den gegenwärtigen Zustand, der das Schicksal eines großen deutschen Gebiets und seiner Bevölkerung im Ungewissen läßt, auf unbestimmte Zeit zu verlängern.

Die deutsche Regierung erwartet deshalb, daß die alliierten Regierungen die Mitteilung des angekündigten Materials nunmehr alsbald folgen lassen und so die Voraussetzungen für eine Verständigung über die Beilegung des entstandenen Konflikts schaffen.

Keine private Sondierung in der Räumungsfrage.
Berlin, 27. Jan. Halbamtlich wird gemeldet: Das Berliner Tageblatt veröffentlicht eine Nachricht aus Washington, in der unter Bezugnahme auf den Berliner Bericht einer amerikanischen Zeitung behauptet wird, daß eine private Sondierung der englischen Regierung wegen gleichzeitiger Räumung der Kölner Zone und des Ruhrgebiets bis zum 10. Mai d. J. von dem deutschen Außen-

minister Dr. Stresemann abgelehnt worden sei. Diese Behauptung ist vollkommen unzutreffend. Eine private Sondierung der englischen Regierung ist nicht erfolgt. Soweit die Frage des Kompromisses der gleichzeitigen Räumung der Gebiete in privaten Unterredungen erörtert worden ist, hat der Außenminister vielmehr gegenüber einer derartigen Anregung sich in demselben positiven Sinne geäußert, den der Reichskanzler Dr. Luther in seiner Reichstagsrede vom 21. Januar gegenüber dieser Frage zum Ausdruck gebracht hat.

Berlin, 28. Jan. Die Volk. Zeitg. meldet aus London: Wie das Reutersche Büro erklärt, ist es ermächtigt, die Nachricht, daß Großbritannien eine Räumung der Kölner Zone erwäge, nachdrücklich zu dementieren. Hinsichtlich der Gerüchte über Verhandlungen zwischen Deutschland und Großbritannien in dieser Frage müsse erneut festgestellt werden, daß diese Frage nicht Großbritannien allein angehe, sondern eine interalliierte Angelegenheit sei. Die britischen Truppen seien in dieser Zone dort nur als ein Teil der Besatzungsarmee. Die gestern Deutschland überreichte Note macht es völlig klar, daß wir hinsichtlich der Räumung der Kölner Zone nichts unternehmen werden, bis Deutschland die Bestimmungen des Versailler Vertrages erfüllt hat. Wenn dies geschehen ist, wird die Räumung automatisch folgen.

Der württ. Landtag gegen den Vertragsbruch.

Stuttgart, 27. Jan. Beim Wiederzusammentritt des Württ. Landtags führte Präsident Körner heute vor Eintritt in die T.D. aus: Wir nehmen im neuen Jahre unsere Arbeit im Plenum des württembergischen Landtages wieder auf und hätten dies mit weniger Sorge für die Zukunft tun können, wenn am 10. Januar dieses Jahres die Hoffnung des deutschen Volkes auf den endlichen Beginn der Räumung deutscher Lande von fremden Besatzungen erfüllt und der vertragsmäßige Zustand herbeigeführt worden wäre. Trotzdem von den zuständigen deutschen Stellen darauf hingewiesen wurde, daß die weitere Besetzung von Köln und der ersten Rheinlandzone unter Umständen Folgen nach sich ziehen werde, die nicht nur von deutschen, sondern von gesamteuropäischen Standpunkt aus gefährlich erscheinen, ist die Räumung durch die Alliierten nicht erfolgt. Auch der württembergische Landtag als Vertreter des württembergischen Volkes gibt seiner Entrüstung darüber Ausdruck, daß die vertragsmäßigen Zusagen nicht eingehalten wurden und daß die alliierten Mächte, die doch wahrhaftig von dem wehrlos gemachten Deutschen Reich nirgends bedroht sind, die Verträge, die sie durch ihre Unterschrift anerkannt, aus nichtigen Gründen verleugnen und zu einer Politik der Gewalt zurückzukehren, die das deutsche Volk durch seine Opfer überwunden zu haben glaube. Wenn von Sicherheiten gegen kriegerische Angriffe gesprochen wird, so hätte wohl das entwaffnete deutsche Volk vor allen Völkern der Welt das Recht, für seine friedliche Entwicklung Sicherheiten zu fordern und zu verlangen, (sehr richtig), daß an Stelle rechtswidriger Gewalt das Recht tritt, auf das auch Deutschland Anspruch erhebt. (Lebhafte Beifall!).

Die Wirtschaftsverhandlungen.

Berlin, 27. Jan. Das Reichskabinett ist heute nachmittags kurz vor 6 Uhr zu einer Sitzung zusammengesetreten, um das Schreiben des französischen Handelsministers Ragnaldy und den Stand der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen zu erörtern.

Das Kabinett berät über die französische Antwort.

Paris, 28. Jan. Zur Note Ragnaldys an die deutsche Wirtschaftsdelegation äußert der Vertreter der Tel.-Union von gut unterrichteter Seite, daß im jetzigen Augenblick mit zwei Möglichkeiten zu rechnen sei: Mit dem Abschluß eines Provisoriums oder einer Unterbrechung der Verhandlungen, die von deutscher Seite als eine freundschaftliche Unterbrechung unter Anwendung eines Stillstandes gewünscht werde. Die Frage dieser Unterbrechung sei in der gegenwärtigen Verhandlungsform zuerst von französischer Seite aufgeworfen worden und werde von Deutschland, da die Aussicht auf ein Provisorium mehr und mehr schwinde als die beste vorläufige Lösung angesehen.

Regierungserklärungen zur Aufwertungsfrage.

Berlin, 27. Jan. In der heutigen Sitzung des Aufwertungsausschusses des Reichstages gab der neue Reichsjustizminister Franken eine Erklärung ab, in der er zunächst auf die Rechtsunsicherheit hinwies, die auf dem Gebiet der Aufwertung nach der 3. Steuernotverordnung entstanden ist. Durch die Entwicklung der Dinge sei eine erhebliche Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu befürchten gewesen. Unter diesen Umständen habe die Reichsregierung dem Reichspräsidenten den Erlaß einer Verordnung auf Grund des Artikels 48 der Verfassung empfohlen. Die in der Öffentlichkeit erhobenen Rechtsbedenken würden von der Reichsregierung nicht geteilt. Es sei vollkommen gerechtfertigt, die aus der Erschütterung der Rechtsgrundlage der 3. Steuernotverordnung

hervorgegangenen schweren Gefahren für die Öffentlichkeit durch eine Notverordnung abzuwenden. Im übrigen sei die Verordnung vom 4. Dezember nur zur einstweiligen Regelung der Aufwertung bestimmt.

Die Reichsregierung stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die endgültige Lösung des Aufwertungsproblems nur im Wege der ordentlichen Gesetzgebung gefunden werden könne. Eine Regierungsvorlage zur Ergänzung der 3. Steuernotverordnung sei in Vorbereitung.

Die Vorarbeiten seien so weit vorgeschritten, daß die Reichsregierung die Einbringung bei den gesetzgebenden Körperschaften für nahe Zeit in Aussicht stellen könne. Für möglichste Beschleunigung sei Sorge getragen.

Neueste Nachrichten.

Unter Zurückweisung der in der Zwischennote der Alliierten erhobenen Anschuldigungen gegen Deutschland fordert die Reichsregierung nochmals schnellste Ueberweisung des angekündigten Materials über die deutschen Verletzungen.

Das Reichskabinett hat Staatssekretär Dr. Trendelenburg erneut zur Berichterstattung nach Berlin berufen.

Das Organ Herriots bezeichnet die wirtschaftliche Einigung als Voraussetzung für ein Zusammengehen Deutschlands mit Frankreich in Form des Gedankens eines Garantiepaktes.

Das neue Aufwertungsgesetz dürfte dem Reichstag in etwa drei bis vier Wochen zugehen.

Die unklare Lage in der Preußen-Krise dauert unvermindert fort.

Im polnischen Senat wurde ein Antrag eingebracht, gegen Danzig wirtschaftliche Druckmaßnahmen anzuwenden.

Der württembergische Landtag begann seine Arbeit im neuen Jahr mit einem scharfen einmütigen Protest in der Räumungsfrage.

Beim Etat des Staatsministeriums, der gestern im Landtag behandelt wurde, gab es eine scharfe Auseinandersetzung zwischen der Deutsch-demokratischen Partei und Staatspräsident Baskle.

Reichsfinanzminister von Schlieffen betonte die Notwendigkeit einer endgültigen Regelung, damit die Wirtschaft von Beunruhigungen verschont bleibe. Die Regelung dürfe nicht ausschließlich unter fiskalischen Gesichtspunkten erfolgen. Auch der sozialen Gerechtigkeit müsse Genüge geschehen. Bei den öffentlichen Anteilen deute er sich die Aufwertung so, daß in erster Reihe die bedacht werden, die dem Reiche in der Zeit der Not mit ihrem Geld beigetragen seien und unter diesen müßten wieder die Bedürftigen bevorzugt werden. Große Schwierigkeiten bereite die Unterscheidung zwischen altem und neuem Anleihebesitz. Man hoffe aber, jetzt einen Weg gefunden zu haben, der für die Banken gangbar sei. Unter allen Umständen müsse vermieden werden, daß die Spekulation sich auf Kosten der schwergeschädigten Anleihebesitzer bereichere.

Geh.-Rat Norden vom Reichsfinanzministerium erklärte auf eine Anfrage, daß die Verhandlungen mit den Banken und Bankiers ausschließlich den Zweck verfolgten hätten, die Unterscheidung zwischen altem und neuem Anleihebesitz technisch vorzubereiten. Das Ministerium hoffe, mit den Banken zu einer Verständigung zu kommen.

Berlin, 27. Jan. Wie die Telegraphen-Union aus parlamentarischen Kreisen erfährt, rechnet man nach den heutigen Regierungserklärungen im Aufwertungsausschuß damit, daß das neue Aufwertungsgesetz dem Reichstag in 3 bis 4 Wochen zugehen wird. In der Zwischenzeit wird sich der Aufwertungsausschuß mit der Denkschrift des Reichsfinanzministeriums befassen, die eine kritische Zusammenfassung der Aufwertungsfragen in Gegenwart und Vergangenheit gibt.

Einstellung der Aufwertungsverfahren bis zur gesetzlichen Neuregelung.

Berlin, 27. Jan. Der Aufwertungsausschuß des Reichstages schloß heute seine Beratungen vorläufig ab. Die Regierung wurde aufgefordert, binnen 8 Tagen einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den vorgesehen wird, daß die anhängigen Verfahren über Aufwertungsstreitigkeiten, bei denen eine Entscheidung auf Grund der 3. Steuernotverordnung getroffen werden muß, auf Antrag eines Beteiligten bis zur gesetzlichen Neuregelung der Aufwertung ausgesetzt werden. Der Aufwertungsausschuß tritt erst wieder in 8 Tagen zusammen.

Bayerische Entscheidung gegen die Aufwertungsverordnung.

Frankfurt, 27. Jan. Wie die Frankfurter Zeitung hört, hat der Reichsfinanzhof die Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. Dezember betr. die vorläufige Regelung der Aufwertung für ungültig erklärt. In der Begründung heißt es: Der Art. 48 will etwas erfassen, was durch Ermächtigungsgesetz geregelt sei, weil an den verwaltungsrechtlichen Kompetenzen durch Art. 48 nichts geändert werden dürfe.

Trendelenburg erneut nach Berlin berufen.

Berlin, 27. Jan. Auf der Tagesordnung der heutigen Kabinettsitzung standen verschiedene Fragen der schwebenden Handelsvertragsverhandlungen. Das Kabinett beschloß den Staatssekretär Dr. Trendelenburg zur Berichterstattung nach Berlin zu berufen.

Berschleppungstaktik.

Berlin, 27. Januar. Da heute Mittag gegen 1 Uhr die Botschafter der alliierten Mächte vor dem Reichskanzlerpalais vorgefahren sind, ist wohl anzunehmen, daß sie die sogenannte Zwischennote der Botschafterkonferenz dem Reichskanzler überreicht haben. Jrgend eine politische Bedeutung kommt diesem Ereignis nicht zu. Denn sozial bisher bekannt geworden ist, bestätigt diese Antwort nur den Empfang der deutschen Note, die das Kabinett Marx-Stresemann noch abgesandt hat, geht aber sachlich auf unsere Einwendungen nicht ein. Wenigstens nicht im eigentlichen Sinne. Im besten Falle wäre es nur eine nochmalige Unterstreichung dessen, was uns bereits mitgeteilt worden ist. Wenn von englischer Seite, wie im „Daily Telegraph“ behauptet wird, Deutschland der Beweis zugeführt werden soll, daß es abgerüstet hat, und nicht die Entente beweisen muß, daß wir uns Verfehlungen haben zuschulden kommen lassen, so können wir darin nur eine Bankrotterklärung der Militärkontrolle sehen. Nach mehr als 1700 Besuchen, von denen eine Reihe unangemeldet vorgenommen worden ist, muß die Kontrollkommission in der Lage sein, klar und eindeutig zu erklären, wo irgend etwas gefehlt hat. Wenn sie das nicht kann, dann folgt für uns lediglich daraus, daß sie sich unsicher fühlt. Aber mit dieser Feststellung allein ist es nicht getan. Aus der Tatsache, daß die Note sich auf keine Diskussion einläßt und der Bericht der Militärkontrollkommission erst Ende Februar überreicht werden soll, geht deutlich genug hervor, daß es sich um eine Verschleppungstaktik handelt. Wir kennen ja das Verfahren, einen Angeklagten durch eine lange Untersuchung müde zu machen. Wir sind aber nicht angeklagt, sondern im Gegenteil, wir klagen an, weil uns gegenüber der Friedensvertrag in der größten Weise verletzt worden ist. Wenn die Entente versuchen sollte, die ganze Frage auf ein totes Geleise zu schieben, und möglichst den Endtermin der Aufrüstung, d. h. den 8. August, herankommen zu lassen, so wäre das ein Verfahren, das sich von selbst richtet und das auch der Welt zeigen würde, daß es sich bei allen Einwendungen gegen Deutschland nur um Vorwände handelt.

Es wird Sache der Regierung sein, hier das Nötige rechtzeitig und mit aller Entschiedenheit zu sagen. Wir wollen jedenfalls Herrn Dr. Luther und Herrn Dr. Stresemann nicht vorgreifen. Wir erwarten aber, daß sie diese Verschleppungstaktik nach Möglichkeit durchkreuzen. Wenn in einer amerikanischen Zeitung der sehr bekannte englische Journalist Dell, der früher in Berlin den „Manchester Guardian“ vertreten hat, behauptet, Dr. Stresemann habe einen Kompromißantrag der Entente abgelehnt, um die Wahlen am 7. Dezember nicht zu günstig für die Linke ausfallen zu lassen, so müssen wir darauf etwas näher eingehen. Wir erwarten zwar, daß sich Herr Dr. Stresemann auch direkt dazu äußert, hatten uns aber vorläufig an eine indirekte Äußerung, die sich in der Dr. Stresemann nahe liegenden „Zeit“ findet. Ich ist in der Tat ein solches Anerbieten erfolgt, aber nur in einer privaten Unterredung, und Dr. Stresemann hat es nicht abgelehnt, sondern im Gegenteil gesagt, er werde sich ehrlich bemühen, im Reichskabinett ein solches Kompromiß durchzuführen, wenn es ihm in amtlicher Form von der Gegenseite vorgeschlagen werden sollte. Das aber sei nicht geschehen. Ungefähr entspricht diese Darstellung dem, was Herr Dr. Luther in seiner zweiten Reichstagsrede angedeutet hat. Es haben Verhandlungen stattgefunden, wie er sagt, da selbstverständlich die Reichsregierung auf die ersten Gerüchte über die Verschleppungstaktik hin sich rühren mußte. Aber er sagte auch, daß uns kein solches Kompromiß angeboten worden sei, und daß wir es selbstverständlich ernsthaft erwogen hätten, wenn es nur vorgelegen hätte. Damit sind ungefähr die Darlegungen in der Zeit bestätigt. Man muß dabei den Ton auf privat und amtlich legen, um die verschiedenen Auffassungen des englischen Journalisten und der Reichsregierung deutlich zu erkennen.

Wir nehmen an, daß auch jetzt wieder Kompromißvorschläge in kurzer Zeit gemacht werden. Jedenfalls erwarten wir das von der Gegenseite. Wir möchten hier nur kurz ein Gerücht streifen, von dem wir schon Notiz genommen haben und das sich hartnäckig erhält. Danach soll Dr. Luther in unverbindlicher Form von einer Art Gottesfrieden am Rhein gesprochen haben. Bestätigt wird das nicht; aber wir haben auch bis zur Stunde kein wirkliches Dementi erhalten. Dr. Luther scheint also zum mindesten mit einem Gedanken zu spielen, den Dr. Cuno als Kanzler ernsthaft in den Vordergrund gerückt hat. Man kann freilich sagen, daß der Mißerfolg Dr. Cunos seinen Nachfolger schrecken sollte. Aber man kann auch ebenfugot hervorheben, daß Dr. Cuno den größten Kriegsverbrecher aller Zeiten, Poincaré, auf der Gegenseite hatte, während der neue Kanzler mit einem Mann des Friedens rechnen kann. Fraglich bleibt für uns nur, ob sich Herriot in seiner Position halten kann. Er wird am Mittwoch oder Donnerstag die Vertrauensfrage bei der Abstimmung über den Posten für den französischen Botschafter am Vatikan stellen. Nach dem Abfall Briand's ist es zum mindesten zweifelhaft, ob er als Sieger aus dem Kampfe hervorgeht.

Auf ein Gerücht möchten wir auch in diesem Zusammenhang noch eingehen. Im deutschen Osten und besonders in Danzig ist von polnischen Kriegsvorkehrungen die Rede. Bestätigt sind sie nicht. Aber das Verhalten der Polen mit ihren unverfrorenen Drohungen gegen Danzig läßt allerlei erwarten. Wenn ein Berliner Blatt behauptet, daß die Reichsregierung die notwendigen Schritte unternehmen würde, so ist das natürlich falsch. Die Reichsregierung kann auf Gerüchte hin keine diplomatische Aktion unternehmen. Und das kommt auch nur soweit in Frage, als eine Bedrohung deutschen Landes vorliegt. Leider gehört aber Danzig völkerrechtlich nicht dazu. Es ist also Sache des Völkerbundkommissars, des Engländers Macdonell, darüber zu wachen, daß Danzig in keiner Weise bedroht oder angegriffen wird.

Kleine politische Nachrichten.

Angst oder Handelsneid?

Berlin, 27. Jan. Der Lokalanzeiger meldet aus London: Es wird offiziell bekannt gegeben, die Konferenz der alliierten Botschafter in Paris habe die deutsche Regierung gewarnt, daß ein Verfahren gegen sie eingeleitet würde, wenn die Firma Krupp nicht sofort das Angebot zurückzöge, das sie der argentinischen Regierung zur Lieferung von Kesseln für die neuen Torpedobötte gemacht habe. Die Botschafterkonferenz sehe in dem Angebot einen Bruch des Teiles des Versailler Vertrages, der Deutschland verbietet, Kriegsmaterial ohne besondere Erlaubnis der Alliierten herzustellen.

Hitlers Pläne?

München, 26. Januar. Wie aus Wien gemeldet wird, hat dort der nationalsozialistische Parteiführer Schulz über eine Unterredung mit Hitler berichtet. Danach hat Hitler gesagt, er wolle nicht in die gegenwärtigen Streitigkeiten in der Bewegung eingreifen, sondern seinen geraden, nationalsozialistischen Kurs vor ehedem gehen. Wer wirklich ein Nationalsozialist ist, werde sich ihm anschließen. Neuerdings erklärte Hitler, daß, wenn er nicht am 8. November 1923 losgeschlagen wäre, am 12. November von anderer Seite losgeschlagen worden wäre und daß das der Auftakt zur Zerstörung Deutschlands gewesen wäre. Im übrigen betonte er, daß sein schärfster Kampf nach wie vor der marxistischen Bewegung gelte und zwar nicht „den verführten Anhängern“, sondern „den zumeist volksfremden Führern“. Nur mit einer Arbeiterschaft, die wieder ein Vaterland kennt, das Deutschland heißt, werde Deutschland befreit werden können.

Der angebliche badisch-französische Geheimvertrag.

Karlsruhe, 26. Januar. Die in München herausgegebene, inzwischen eingegangene „Großdeutsche Zeitung“ vom 16. Mai 1924 hatte unter der Ueberschrift „Geheimvertrag zwischen Frankreich und Baden“ eine Notiz veröffentlicht, nach welcher Baden alle Organisationen, die der französischen Armee unbehagen seien, auflösen werde. Insbesondere wurden in diesem Zusammenhang gegen den badischen Innenminister Remmele schwerwiegende Vorwürfe erhoben. Dieser hatte wegen der darin enthaltenen unerhörten Verleumdungsklage erhoben. Es kam zu einem Vergleich, in welchem der verantwortliche Redakteur der „Großdeutschen Zeitung“, Dr. Tassel, die dem Minister gemachten Vorwürfe bedauert und sie als unrichtig und jeder Begründung entbehrend zurücknimmt; außerdem erklärt er sich zur Zahlung einer Buße von 100 Mark bereit.

Rundgebung für ein Großdeutschland in Hamburg.

Hamburg, 26. Jan. Am Sonntag mittag fand in Hamburg eine Rundgebung für ein Großdeutschland unter Einschluß Deutsch-Oesterreichs statt. Die Veranstaltung ging vom Adenauerklub Hamburg aus. Der Hauptredner, Freiherr v. Riehtshofen, hob hervor, daß wir zwar jetzt eine deutsche Republik hätten, aber unser Ziel und Gelübnis müsse ein geeinigtes Großdeutschland sein. Das Deutschlandlied beendete die begeisterte Rundgebung.

Die preußischen Kirchenwahlen.

Das Ergebnis von Groß-Berlin.

Berlin, 25. Jan. Am Sonntag haben in der evangelischen Kirche der älteren preußischen Provinzen die Neuwahlen zu den kirchlichen Gemeindeförperschaften stattgefunden. Es waren die ersten Kirchenwahlen seit dem Inkrafttreten der neuen Kirchenverfassung, die zugleich indirekt über die Zusammenlegung der Provinzialsynode und der Generalsynode entscheiden, in deren Hände die Berufung der leitenden Männer und die innere Neugestaltung der Gesamtkirche gelegt sein wird. In Groß-Berlin hat in fast der Hälfte der Gemeinden, in denen nur ein Wahlvorschlag eingereicht war, ein besonderer Wahlgang nicht stattgefunden. Auffallend ist, daß sehr viele Frauen gewählt sind. U. a. sind gewählt: Die Universitätsprofessoren S. J. Schmidt und D. Diekmann, der Präsident der Stadtynode Geh. Dr. Niebers, der neue Reichswirtschaftsminister Dr. Reubaus, Regierungspräsident v. Gersdorff, Ministerialdirektor Dr. Conze, Bürgermeister Berndt, Frau Stadtverordnete Treising.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 28. Januar 1925.

Vom Bezirksbeamtenbund.

Vom Bezirksbeamtenbund Calw wird uns geschrieben: In den Tageszeitungen vom Samstag, den 24. Januar erschien eine Notiz über das Ergebnis von Beratungen der Ausschüsse und des Verwaltungsrats der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft. Nach dieser Zeitungsnotiz ist die Finanzlage der Gesellschaft noch so gespannt, daß bei etwaigen Erhöhungen der Ausgaben von einer gleichzeitigen Steigerung der Einnahmen durch Erhöhung der Personentaxe und einer evtl. Steigerung der Zeitartienpreise nicht abgesehen werden kann.

Dieser ist zu sagen; Nachdem nun endlich eine arbeitsfähige Regierung vorhanden ist, wird es eine ihrer dringlichsten Aufgaben sein müssen, die unter allen Umständen den Beamten der nachzuprüfen und unter allen Umständen den Beamten der unteren Besoldungsgruppen und den Arbeitern das zum Leben Notwendige zu geben. Um nun aber diese Gehaltsregulierung zu hinterreiben, und die Öffentlichkeit durch die geplanten Tarifserhöhungen gegen die Beamten zu mobilisieren, ist es notwendig, in allen Tageszeitungen. Das alte unehrliche Spiel vom Spätherbst vorigen Jahres beginnt anscheinend aufs Neue. Damals lehnte der Reichsfinanzminister eine Aufbesserung der Bezüge der unteren Beamtengruppen von 12½ auf 20 Prozent ab unter Berufung auf die schlechte Finanzlage der Reichsbahn. Die Reichsbahn-Hauptverwaltung aber erklärte den Personalvertretern, daß sie wegen des Einspruchs des Reichsfinanzministers keine genügende Erhöhung der Bezüge vornehmen könne. Aber wenige Wochen später hat die Reichsbahn-Gesellschaft 95 Millionen Mark pro Jahr übrig zu Leistungszulagen an die Eisenbahnbeamten. Die Leistungszulagen betragen pro Jahr für die Beamten der Besoldungsgruppen I—II 120, III—IV 180,

V—VI 300, VII—VIII 440 und IX 600 Mark. Für die Beamten der Besoldungsgruppen X aufwärts sind die Zulagen nicht offiziell bekannt gegeben worden. Hier sollen die Leistungszulagen zwischen 6000 und 12000 Mark pro Jahr sich bewegen. (S. auch den Bericht über die Verhandlungen im badischen Landtag über Besoldungsfragen.) Nach den Richtlinien dürfen nicht mehr als ein Siebtel der Eisenbahnbeamten mit diesen Leistungszulagen, die vierteljährlich ausbezahlt werden, bedacht werden. Die Reichsbahnbeamten lehnen diese unmoralisch wirkenden Zulagen einmütig ab. Sie wünschen keine Trümpel, sondern verlangen mit der gesamten übrigen Beamtenschaft eine anständige Bezahlung im Interesse der Allgemeinheit und eines aufrechten, unbestechlichen Beamtentums. Die Deffektivität, und insbesondere die Geschäftswelt, die immer über die hohen Tarife der Eisenbahn sich beklagt, hat alle Ursache, sich gegen eine etwa beabsichtigte Erhöhung der Personentaxe zu wehren und vorher die Aufhebung dieser Leistungszulagen, die sich mit dem Berufsbeamtentum absolut nicht vertragen, zu verlangen.

Carl Kromer's Schwab. Niedergruppe.

die zum dritten Mal aus Amerika zurückgekehrt ist und dort große Erfolge erntete, wird nun auch in unserer Stadt, am Dienstag, den 3. Februar abends 8 Uhr im „Badischen Hof“ ein Konzert geben. Die Leistung dieser ausgezeichneten Sängergemeinschaft, die vor dem Weltkrieg in der engen Heimat schon die Herzen im Sturm eroberte, haben heute einen weiten Kreis und finden überall größte Zuhörerlichkeit und begeisterte Aufnahme. Besonders gerühmt wird das schöne Stimmenmaterial und die hervorragende Wiedergabe ihrer Vorträge. Die Künstlervereinigung steht unter Leitung des bekannten Volksliedertomponisten Carl Kromer. Die Mitglieder sind: Fr. Gertrud Behler, Konzertlängerin (Sopran), Fr. Elisabeth Weisbar, Konzertlängerin (Sopran), Fr. Margarethe Blumenstein, Konzertlängerin (Alt), Herr Hermann Aldermann, Konzertlänger (Tenor), Herr Hermann Aldermann, Konzertsänger, (Bariton), Herr Karl Weiß, Opern- und Konzertlänger, (Bass).

Wir sind überzeugt, daß uns ein besonderer Kunstgenuss in Aussicht steht und es wäre zu wünschen, daß auch hier die Künstler ein volles Haus vorfinden. Vorverkauf der Karten in der Häußler'schen Buchhandlung.

Generalversammlung des Geflügelzüchtervereins Calw.

Die am letzten Sonntag im „Schwanen“ hier stattgehabte Generalversammlung des Geflügelzüchtervereins war gegenüber den Versammlungen dieses Vereins in den letzten Jahren geradezu förmlich besucht. Es mag zugegeben werden, daß ein Hauptgrund für die sehtjährigen stark besuchten Versammlungen, die für den einzelnen damals schwierige Beschaffung von Futtermitteln, weggefallen ist und mancher sich wieder von der Geflügelzucht abgewendet hat, allein die Zahl der Geflügelzüchter ist auch heute noch eine erfreulich große, und für sie alle besteht heute mehr als je Veranlassung, die in Folge der mangelhaften Verhältnisse des letzten Jahrzehnts in ihrer Leistungsfähigkeit stark beeinträchtigte Geflügelzucht mit neuem Blut wieder zu heben. Dieses Ziel läßt sich durch Unterstützung seitens des Geflügelzüchtervereins leicht erreichen. Durch Versammlungsbeschlüsse sollen die wenigen noch bestehenden reifen Zuchtstämme durch Aufzucht wieder verbessert und durch Abgabe von Bruten neue Zuchtstämme geschaffen werden. Die Kostenverhältnisse des Vereins sind verhältnismäßig günstig, so daß sich bei zielbewusster Zusammenarbeit von Verein und Mitglieedern für die Zukunft günstiges erwarten läßt. Können viele sich nun wieder aufrufen, das in den letzten Jahren versäumte nachzuholen, zu ihrem eigenen Nutzen sowohl als auch im Interesse des Volkes.

Aus Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Berliner Briefnotiz

1 Dollar	4.21 Bll.
1 holländischer Gulden	696.1 Ma.
1 französischer Franken	223.9 Ma.
1 schweizer Franken	811.8 Ma.
Goldumrechnungssatz für Steuern	1060.0 Ma.

Schlachtviehmarkt.

(SGB.) Stuttgart, 27. Jan. Dem Dienstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 49 Ochsen (unverk. 7), 12 (2) Bullen, 150 (6) Jungbullen, 161 (20) Ferkel, 50 Kühe, 575 Kälber, 1220 (120) Schweine, 8 Schafe. Erlös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen 1. 42 bis 46 (letzte Markt: 40—45), 2. 32—38 (unv.), 3. 26—30 (unv.), Bullen 1. 42—45 (unv.), 2. 37—40 (unv.), 3. 30 bis 35 (unv.), Jungbullen 1. 49—54 (48—53), 2. 39—45 (unv.), 3. 30—36 (unv.), Kühe 1. 29—38 (28—36), 2. 17 bis 27 (17—26), 3. 12—16 (11—16), Kälber 1. 68—71 (67—70), 2. 61—66 (60—65), 3. 50—58 (unv.), Schafe 1. 65—68 (62—66), Schweine 1. 76—78 (80—81), 3. 73—75 (77—79), 3. 68—72 (70—74), Sauen 85—61 (60—70) M. Verlauf des Marktes: Langsam. Ueberstand.

Calwer Wochenmarkt.

Bei dem am letzten Samstag stattgefundenen Wochenmarkt wurden folgende Preise bezahlt: Kartoffeln 5—5.50 M pro Ztr., Landtraut 5—6 Pfg. pro Pfd., Nessel 10—12 Pfg., Birnen 15 Pfg., Landbutter 1.60—1.80 M, Tafelbutter 2 M pro Pfd., Eier 15—16 Pfg. pro Stück. Gemüse war keine zugeführt. Das Angebot an Butter und Eiern ist zurzeit so reichlich, daß nur ein geringer Teil auf dem Markt abgesetzt werden kann und daher zu niedrigeren Preisen veräußert werden muß.

Fruchtpreise.

In Mengen kostete Weizen 11.50, Gerste 15 M; in Riedlingen Weizen 12.25, Roggen 11, Gerste 14.50 bis 16, Haber 9—10.50 M per Zentner.

Holzpreise.

In Herrenberg wurden bezahlt für 1 Nm. Buchene Scheiter 24.50, Buchene Prügel 20.50, Buchene Röhre 22.50, für 100 Buchene Wellen 57 M; in Grogengtingen für Tannenholz 7 M, Birnenholz 9 M.

Die heiligen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Wochen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verhältnisse in Betracht kommen. D. Schriftl.

Ämtliche Bekanntmachungen

Maul- und Klauenseuche.

Maßregeln für Sperrbezirk, Beobachtungsgebiet und 15 km-Umkreis.

I. Besondere Maßregeln für den Sperrbezirk.

1. In dem verseuchten Gehöft ist über die Ställe oder sonstigen Standorte, wo Klauenvieh steht, die Sperre verhängt, die abgeernteten Tiere dürfen nur mit oberamtlicher Erlaubnis aus dem Stall (Standort) entfernt werden. Weitere Vorschriften sind erlassen über die Verwendung der Pferde außerhalb des Gehöfts, die Bewahrung des Geflügels, die Fernhaltung fremden Klauenviehs von dem Gehöft, das Weggeben von Milch, die Abfuhr von Dünger und Sauche, die Ausfuhr von Futtermitteln, Säen und Wolle, das jedesmalige Herausbringen von Fahrzeugen und Gerätschaften, namentlich Milchtransportgefäßen, die Entfernung von Kadavern u. a. Der Besitzer, sein Vertreter, die mit der Beaufsichtigung, Wart und Pflege der Tiere beauftragten Personen und Tierärzte müssen sich beim Verlassen eines gesperrten Stalls reinigen und desinfizieren. Anderen Personen ist das Betreten der gesperrten Ställe verboten. Zur Wartung des Klauenviehs in dem Gehöft dürfen Personen nicht verwendet werden, die mit fremdem Klauenvieh in Verbindung kommen.

2. Sämtliches Klauenvieh (Rindvieh, Schafe, Ziegen, Schweine), nicht verseuchter Gehöfte unterliegt der Absonderung im Stalle und darf nur mit oberamtlicher Erlaubnis zur sofortigen Schlachtung entfernt werden.

3. Sämtliche Hunde sind festzulegen.

4. Schlächtern, Viehkaufleuten, sowie Händlern und anderen Personen, die gewöhnlich in Ställen verkehren, ferner Hausierhändlern ist das Betreten aller Ställe und sonstiger Standorte von Klauenvieh im Sperrbezirk und der Eintritt in die Sprechgehöfte verboten.

5. Dünger und Sauche von Klauenvieh, ferner Gerätschaften und Gegenstände aller Art, die mit solchem Vieh in Berührung gekommen sind, dürfen aus dem Sperrbezirk nur mit polizeilicher Erlaubnis ausgeführt werden.

6. Die Einfuhr von Klauenvieh in den Sperrbezirk, sowie das Durchtreiben von solchem Vieh und das Durchfahren mit Wiederkäuergespännen durch den Bezirk ist verboten. Ausnahmen für die Einfuhr kann das Oberamt zulassen.

7. Die Ver- und Entladung von Klauenvieh auf den Bahnhöfen im Sperrbezirk ist verboten.

II. Besondere Maßregeln für das Beobachtungsgebiet, soweit es in den Oberamtsbezirk fällt.

1. Klauenvieh darf aus dem Beobachtungsgebiet nicht entfernt werden. Das Oberamt kann die Ausfuhr in der Regel nur zu sofortiger Schlachtung zulassen.

2. Das Durchtreiben von Klauenvieh und das Durchfahren mit Wiederkäuergespännen ist verboten.

III. Gemeinsame Maßregeln für Sperrbezirk, Beobachtungsgebiet und 15 km-Umkreis, soweit sie in den Oberamtsbezirk fallen.

Verboten sind:

1. Die Abhaltung von Märkten und marktähnlichen Veranstaltungen mit Klauenvieh, sowie der Antrieb von Klauenvieh auf Jahr- und Wochenmärkte.

2. Der Handel mit Klauenvieh, der ohne vorgängige Befestigung entweder außerhalb des Gemeindebezirks der gewerblichen Niederlassung des Händlers oder ohne Begründung einer solchen stattfindet. Als Handel gilt auch das Auffuchen von Bestellungen durch Händler ohne Mitführen von Tieren und das Aufkaufen von Tieren durch Händler.

3. Die Veranstaltung von Versteigerungen von Klauenvieh.

4. Die Abhaltung von öffentlichen Tiersehauen mit Klauenvieh.

5. Das Weggeben von nicht ausreichend erhitzter Milch aus Sammelmolkereien an landwirtschaftliche Betriebe, in denen Klauenvieh gehalten wird, sowie die Verwertung solcher Milch in den eigenen Viehbeständen der Molkerei, soweit dies nicht schon ohnehin verboten ist, ferner die Entfernung der zur Anlieferung der Milch und zur Ablieferung der Milchrückstände benutzten Gefäße aus der Molkerei, bevor sie desinfiziert sind. Als ausreichende Erhitzung der Milch ist anzusehen:

a) Erhitzung über offenem Feuer bis zum wiederholten Aufkochen;

b) Erhitzung durch unmittelbar oder mittelbar einwirkenden strömenden Wasserdampf auf 85°;

c) Erhitzung in Wasserbad, und zwar entweder auf 85° für die Dauer einer Minute oder, unter der Voraussetzung, daß durch geeignete Vorrichtungen eine gleichmäßige Erwärmung der gesamten Milchmenge oder Milchrückstände gewährleistet ist, auf 70° für die Dauer einer halben Stunde.

Die Desinfektion der Milchgefäße kann mit strömendem Wasserdampf oder durch Auskochen in Wasser oder 3prozentiger Soda- oder Seifenlösung oder auf eine der folgenden Arten geschehen:

durch Einlegen der Gefäße in kochend heißes Wasser oder kochend heiße Sodalösung oder dünne Kalkmilch für die Dauer von mindestens 2 Stunden, wobei, daß alle Teile der Gefäße von der Flüssigkeit bedeckt sind;

oder durch gründliches Abbürsten der Außen- und Innenfläche der Gefäße nebst Griffen, Deckeln und anderen Verschlußvorrichtungen mit kochend heißem Wasser oder kochend heißer Sodalösung oder dünner Kalkmilch.

Jeder weitere Ausbruch oder Verdacht der Seuche ist der Ortspolizeibehörde sofort nach dem Auftreten der ersten Krankheitserscheinungen anzuzeigen. Verletzungen der Anzeigepflicht oder der vorstehend angeordneten Schutzmaßregeln unterliegen der Strafbestimmung des § 328 St.G.B. und § 74-77 des Viehseuchengesetzes und ziehen den Verlust des Entschädigungsanspruchs für Rindvieh nach sich.

Die Ortspolizeibehörden werden beauftragt, diese Maßregeln, welche das Oberamt anlässlich der Seuchenfälle Altbühlach, Althengstett und Gschlingen angeordnet hat, in ordnungsgemäßer Weise bekannt zu machen und die Einhaltung der für ihre Gemeindebezirke zutreffenden Maßregeln streng überwachen zu lassen. An die Anbringung der Tafeln mit der vorgeschriebenen Aufschrift an den Haupteingängen des Sperrbezirks und Beobachtungsgebiets wird erinnert.

Calw, den 24. Januar 1925.

Oberamt: Gock u. B.

Förderung des Obstbaues.

Oberamtsbaumwart Widmann beabsichtigt einen zweitägigen praktischen Kurs über „Das Schneiden junger Obstbäume“ für die Baumwärter des Oberamtsbezirks zu veranstalten und zwar am 16. Februar ds. Jrs. in Stammheim und am 17. Februar in Deckenpfronn je von 9 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm. Treffpunkt jeweils bei den Rathhäusern.

Die Gemeindebehörden werden veranlaßt, den Gemeindebaumwarten hiervon Kenntnis zu geben und dafür Sorge zu tragen, daß diesen ein angemessenes Taggeld aus der Gemeindekasse ausgekehrt wird.

Calw, den 26. Januar 1925.

Oberamt: Gock u. B.

Anmeldung zur höheren Bauhufe in Stuttgart für das Sommerhalbjahr 1925.

Die beteiligten Kreise werden auf die Bekanntmachung der höheren Bauhufe in Stuttgart vom 20. Januar 1925 Staatsanzeiger Nr. 19 in obigem Betreff aufmerksam gemacht. Die Anmeldungen haben vor dem 15. Februar zu erfolgen. Der Staatsanzeiger kann auf den Rathhäusern eingesehen werden.

Calw, den 26. Januar 1925.

Oberamt: Gock u. B.

Die bevorstehende Volkszählung.

Weber die im Juni ds. Jrs. bevorstehende Volkszählung wird mitgeteilt: Es steht eine Reichszählung größten Umfanges in Aussicht, wie sie in fast allen Kulturstaaten wegen der vollkommener Veränderung aller wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in den letzten Jahren schon durchgeführt worden ist. Durch diese Reichszählung soll dem für unsere ganze Volkst und Verwaltung untrüglichen Mangel an statistischen Unterlagen aller Art abgeholfen werden. Mit der Volkszählung wird zum erstenmal seit 1907 voraussichtlich wieder eine Berufszählung, ferner eine Erhebung der landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebe verbunden sein.

Stadtgemeinde Calw.

Bereinigung von der Gebäudeentwässerungssteuer.

Nach dem Gesetz vom 23. Dezember 1924 bleibt die Gebäude-Entwässerungssteuer für Staat und Gemeinde ab 1. Januar 1925 un erhoben, wenn die Gebäude dauernd landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen, gärtnerischen, gewerblichen, eihafen, religiösen, oder in diesen Zwecken zu dienen bestimmt sind oder wenn die Einzählung nach Lage der Sache unbillig wäre, insbesondere wenn Eigentümer oder Inhaber der Gebäude Kleinrentner sind, die mit einem Gebäudeentwässerungskosten bis zu 150 Mk. (Gebäudeentwässerungskosten 5000 Mk.) oder deutsche Kleinrentner oder ihnen Gleichgestellte sind.

Diejenigen Gebäudebesitzer, bei denen diese Voraussetzungen erfüllt sind und die noch keinen Antrag gestellt haben, werden erucht, ihre Anträge heute Mittwoch (letzte Termin) beim städt. Steueramt und zwar Nat. aus Zimmer Nr. 8 einzureichen.

Calw, den 23. Januar 1925.

Stadtschultheißenamt: G ö h n e r.

Oberamtsstadt Leonberg.

Nadelholzstangen-Verkauf

am Dienstag, den 3. Februar 1925, von nachm. 5 Uhr an, in der Bahnhofs-Wirtschaft Holzäpfel in Leonberg aus den Stadtwaldungen oberer Wald:

Baumstangen Stück 60 la, 220 lb, 11 II., 9 III. Kl.,
 Haastangen Stück 151 I., 125 II., 56 III. Kl.,
 Hopfenstangen Stück 163 I., 92 II., 18 III., 23 IV., 7 V. Kl.
 Die Vorzeigung durch Fortwart Fauter erfolgt am Verkaufstag. Zusammenkunft vorm. 9 Uhr beim Oberamt. Liebhaber sind eingeladen.

Stadtschultheißenamt: F u n d.

Schneidernähmaschinen

2 gebrauchte, 1 neu, System Gräber, sowie 2 große elektr. Schneiderbügelleisen verkauft

Abolf Walker, Hirsau.

Schleiferlehrlinge und

Silberschmiedlehrlinge

werden zu Ostern gesucht.

Robert Ungerer .: Filiale Hirsau
 Silber- und Alpaccawarenfabrik.

Reichert.

Ja, das weiß bald jeder, ist bekannt für gute Leder!

Schulranzen
 Ledergamaschen
 Lederstulpen
 Lederpulswärmer
 Plaidriemen.

Zimmer-Gesuch.

Jüngerer berufstätiger Akademiker sucht sofort gemüthliches heizbares Zimmer (einschl. Bedienung und Frühstück) eventl. Vollpension. Umgehende Angebote unter N. N. 22 an die Gesch.-St. ds. Bl.

1925

Neue Wandkalender

das Stück zu 10 Pfg.

sind auf der Geschäftsstelle dieses Blattes erhältlich.

1925

Einen gutenhaltenen Waschkessel hat zu verkaufen Fr. Nonnenmacher.

Suche jüngeren zuverlässigen Pferdefnecht Joh. Gg. Dürr, Bauer, Windersbach.

Ehe-Institut

„Fortuna“ Stuttgart

Breitestr. 4 III, b. d. Königl. vermittelt Ehen für jedes Alter, Stand und Religion streng reell u. diskret. Geschäftszeit tägl. 10-7 Uhr. Sonntags 11-4 Uhr.

Welcher Lehrer oder Dirigent lernt uns hier in Calw einen Gesangchor ein, bei guter Bezahlung?

Schriftliche Angebote unter N. N. 22 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Neuwäscherei Phönix liefert Krassen, Manschetten und Oberhemden wie neu schnell und pünktlich. Annahmestelle: Geschw. Stanger, Obere Marktstraße 23.

Stelle sucht 15 jähriges Mädchen Näheres Lederstraße 153.

Kohlepapiere Farbbänder

G. Köbele, Nagold Fernsprecher 126.



Kavalier Extra
 Das beste aller Schuhputzmittel
 Union-Augsburg

Junger Mann sucht von Selbstgeber ca. M. 1500.— gegen 1. Gütersicherung bei mäßig. Zins. Angebote sind zu richten unter N. N. 22 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Ein ehrlicher Junge aus anständiger Familie, der das Bäckerhandwerk und Feinbäckerei erlernen will, findet gute

Lehrstelle b. Eugen Kraß, Bäckerei, Pforzheim, Kaiser-Friedrichstr. 81.

Ottenbronn. Ein schönes 3/4 Jahr altes Buchtrind steht dem Verkauf aus Johannes Lug.

Unterzeichnet verkauft sofort gegen bar einen neuen Lord

Ideal-Wagen (Einspänner) mit abnehmbar. Bock. Patentachsen sehr leicht gehend, mit oder ohne elegant über plattiertem Geschirr. Ernst Weisk, Landwirt, Wilberga D.-A. Nagold.

Zimmermann verh., sucht Stelle in Fabrik oder größerem Baugeschäft, sofort oder später. Für Wohnung und Zuzug muß gejorgt werden. Angebote unter B. B. 15 an die Gesch.-St. ds. Bl.

Briefumschläge Preislisten erhalten Sie rasch in der A. Delschläger'schen Buchdruckerei Calw



Alle Musikinstrumente für Haus und Orchester von den einigsten Schülern bis zu den feinsten Künstlerinstrumenten, aller Zubehör Saiten u. f. w. in reichster Auswahl empfiehlt Musikhaus Curtz, Pforzheim, Leopoldstr. 17 Arkadenklosterhof-Kohbrücke Großhandlung Einzelverkauf Anführung all. Reparaturen und Stimmen. Verkauf alter Saiten u. Celli

Schmieh, den 27. Januar 1925.
Todes-Anzeige.



Freunden, Verwandten und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unsere innigstgeliebte Gattin, Mutter, Schwiegermutter, Schwester und Schwägerin

Anna Barbara Kentschler

nach kurzer Krankheit in dem Herrn sanft entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bittet

im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
der tiefbetrübte Gatte:

Gottlieb Kentschler, Gemeindepfl.

Beerdigung Donnerstag Mittag 1 Uhr
in Schmieh.

Sonnenhardt, den 27. Januar 1925.
Todesanzeige.

Berwandten, Freunden und Bekannten geben wir hiemit die schmerzliche Nachricht, daß unsere innigstgeliebte Tochter, Schwester und Schwägerin

Katharina Kleinbub

heute Nacht nach schwerem Leiden in die Ewigkeit abgerufen wurde.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Familie Kleinbub,

Familie Rothacker.

Beerdigung Donnerstag nachmittags 1/2 2 Uhr.

Zur Führung eines Haushaltes
wird

Frau oder Fräulein

aus guter Familie

für einige Wochen gesucht.

Schriftliche Angebote an die Geschäftsstelle ds. Bl.
erbeten.

Hof Eügenhardt,
den 27. Januar 1925.
Dankjagung.



Die große teilnehmende Liebe und der helfende Trost, den wir in so ungeahnt reichem Maße in diesen schweren Tagen des Heimgangs unseres lieben Entschlafenen

Gottlieb Kopp

von allen Seiten erfahren durften, sowie die trostreichen Worte des Herrn Geistlichen, der erhebende Gesang der Sängin und die reichen Blumenpenden sind uns der schönste Beweis, daß sie ihn alle lieb gehabt und ihm damit geholfen haben auf seiner Wanderung und den Eingang zur ewigen Ruhe.

Aus tiefbewegtem Herzen danken jedem Einzelnen

in erster Trauer:

die Hinterbliebenen.

Reichert. Bozener Mäntel
Gummi-Mäntel
Führt Pelerinen
Qualitätsware! Windjacken

Sonderverkauf in
Wolldecken

Leine und Segeltuch
für Pferde und Vieh

bei

Otto Weißer
Sattlerei und Polstergeschäft
Kronengasse.

Das gute
Harmonium
zu günstigen Preisen
beliebt
gegen Teilzahlung
Schmid & Buchwaldt
Pforzheim, Westl. 23
Verlangen Sie Katalog!



„Raro“
Fensterputz

macht die Scheiben kristallklar und spiegelblank ohne Wasser!

ohne Leder!

Jetzt erhältlich die große Flasche für 50 Pfg. bei

R. Hauber, Seifengesch.,

G. Pfeiffer, Kolonialw.

In Nagold:

R. Harr, Seifengeschäft,

G. Heller, Kolonialwaren.

Fabrikant

Karl Hornmann,

Eßlingen a. N.

Vorzügliches
Lederfett
empfiehlt
Albert Wochele.

Am Samstag, den 31. Januar
und
Sonntag, den 1. Februar
halte ich

Mehlsuppe

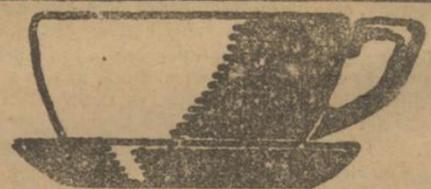


wozu höflichst einladet

Frau Bolz, zur „Krone“.

Hautröte
sowie alle Arten von Hautunreinigkeiten, Hautausschlägen, wie Blüthen, Mitesser, usw. verschwinden durch lägl. Gebrauch der echten
Stechenpferd-Teerschwefel-Seife
von Bergmann & Co., Radebeul. Überall zu haben.

Ritter-Drogerie O. E. Kistowski; R. Hauber, Seifensieder
G. Pfeiffer, Kolonialwaren; Friedr. Lamparter;
Wilh. Winz, Friseur; J. Odermatt, Friseur.



Serva-Kaffee

beste Mischungen, stets frisch gebrannt

Carl Serva, Calw

Fernspruch - Nummer 120.

Rundholz
Stangen und Papierholz
kauft jedes Duant. bei höchster Bezahlung
Joseph Bölter .: Calw.

Um meinen Abnehmern entgegen zu kommen, gewähre ich noch
einige Tage auf sämtliche Waren einen

Rabatt von 20 Prozent

Der Rabatt wird nur bei Käufen über Mk. 5.— und sofortiger
Bezahlung gewährt. Umtausch ist nicht gestattet. Muster und
Auswahlen werden nicht abgegeben.

Paul Räuichle am Markt **Calw**

Manufakturwaren = Aussteuerwaren

Bettbarchente = Bettfedern

Schürzen = Wäsche = Trikotwaren

Herrenanzugsstoffe

Fertige Herren- und Knabenkleidung

Rübler's gestrickte Anzüge und Sweters